

Kulturpolitik in der digitalen Gesellschaft

Die Kulturpolitischen Bundeskongresse sollen ein Spiegel der kulturpolitischen Diskussion sein und ihrerseits Impulse für die Debatte geben. Dies ist bisher gelungen. Mit den Themen Kunst (2001), Interkultur (2003), Publikum (2005), Europa (2007), Geschichte (2009) und Internet (2011) haben sie Fragen aufgeworfen, die den kulturpolitischen Diskurs nicht nur reflektiert, sondern auch geprägt haben. Dies bestätigt auch das schöne Kompliment, das Staatsminister Bernd Neumann den Veranstaltern zu Beginn seiner Eröffnungsrede gemacht hat, und markiert gleichzeitig den Anspruch, der an einen Bundeskongress dieses Formats gestellt werden muss. Wo, wenn nicht hier, sollten die aktuell brennenden kulturpolitischen Fragen verhandelt werden? Kulturpolitik braucht solche »Leuchttürme« und Akteure, die diesem Anspruch genügen wollen, auch wenn diese »Zunft« an »Treffen, Tagungen und Symposien« wahrlich nicht arm ist und immer reicher wird. Ob das, was auf den Bundeskongressen verhandelt wurde und werden wird, tatsächlich »Auswirkungen auf die Kulturpolitik in unserem Lande« hat, ist eine Hoffnung, die die Kulturpolitische Gesellschaft nunmehr seit 35 Jahren antreibt. Wenn berufene Kulturpolitiker dies als Faktum anerkennen, ist uns dies eine Ermutigung und eine Bestätigung.

Der 6. Kulturpolitische Bundeskongress war eine Herausforderung, jedenfalls für die Kulturpolitische Gesellschaft. Ihr Denken und ihre Formate kommen so sehr aus einer analogen, textbasierten Diskurstradition und ihre inhaltlichen Positionen sind den Institutionen der repräsentativen bürgerlichen Kultur – bei aller Kritik – doch noch so nahe, dass die Beschäftigung mit dem Kulturphänomen Internet zu Irritationen führen musste. Schnell wurde klar, wenn die Figur des Urhebers in Frage gestellt, Begriffe wie Aura, Authentizität, Original und Kanon in ihrer Bedeutung relativiert und die Weisheit der Massen der Kompetenz der Redakteure, der Rezensenten und Experten vorgezogen wird, dann sind nicht nur Geschäftsmodelle gefährdet, sondern ebenso die programmatische Statik, auf die auch die Neue Kulturpolitik ruht – und nebenbei auch die Formen und Verfahren des kulturpolitischen Diskurses sowie das Selbstverständnis der Kulturpolitischen Gesellschaft. Wenn es um diese Grundsatzfragen geht, ist nicht nur ihre Moderation gefragt, sondern auch ihre Position angesprochen. Dies zu ignorieren, wäre nicht nur töricht, sondern auch verantwortungslos gewesen – zumindest solange die Kategorie der Verantwortung noch zum Ethos des politischen Selbstverständnisses zählt und nicht auch durch einen missverstandenen programmatischen Egalitarismus und einer Haltung des anything goes entsorgt wurde.

Selten zuvor war die Neue Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik so sehr herausgefordert, und zwar nicht nur wegen der angedeuteten Differenzen, sondern auch aufgrund ihrer Nähe zu den neuen digitalen Entwicklungen und der Philosophie, die sie trägt oder die sie umgibt. Alte Programmformeln wie »Kultur für alle« und »Kultur von allen« erleben eine neue Renaissance, und zwar nicht nur, weil die damit verbundenen Teilhabeanprüche digital leichter umzusetzen sind, sondern weil sie sich auf einen ähnlichen Freiheits-, Pluralitäts- und Demokratiediskurs beziehen, auch wenn sie ihn radikaler interpretieren. Der Beitrag von Gerhard Schulze zum Strukturwandel der Öffentlichkeit – in einer wohltuend analogen Diktion vorgetragen – macht dies deutlich. Insbesondere seine Thesen zur Marginalisierung und Auflösung der bürgerlichen kulturellen Öffentlichkeit und Kunstidee in einem »Schaumgebirge ... zahlloser kleiner Bläschen«, ohne Zentrum und Stil prägende und Zusammenhalt stiftende Relevanz, rührt nicht nur an diesen Leitideen der bürgerlichen Kultur, sondern auch an der Legitimation der darauf bezogenen Kulturpolitik. Wenn Literatur und Kunst als »Altäre des Eigensinns« nicht mehr benötigt werden oder keine Kraft mehr entfalten, warum sollten sie dann noch so stark gefördert werden, als hätten sie diese Wirkung? Diese Legitimationsfrage ist schon früher gestellt worden. Es scheint, als trete sie erneut und mit neuer Macht auf den Plan.

Es ist dem Soziologen Gerhard Schulze sehr zu danken, dass er die Fragen, die im Zusammenhang mit dem Strukturwandel der kulturellen Öffentlichkeit 2.0 auftreten, so präzise formuliert hat. Vor fast genau 20 Jahren hat er schon einmal mit seiner Studie zur »Erlebnisgesellschaft« richtige Fragen an die Kulturpolitik gestellt, die den Diskurs befruchtet haben, auch wenn sie die kulturpolitische Praxis nur am Rande verändert haben mögen. Seine erneute produktive Provokation kommt zur richtigen Zeit. Sie zwingt zur Reflexion überkommener Gewissheiten und fordert dazu heraus, sich den neuen Optionen und Risiken in der digitalen Gesellschaft zu stellen. Wenn der 6. Kulturpolitische Bundeskongress dafür den Anstoß und Anlass gegeben haben sollte, war er die Mühe und sein Geld wert.

Die Kulturpolitische Gesellschaft wird das Thema »Digitalisierung« weiter verfolgen. Mit einer ausführlichen web- und printbasierten Dokumentation werden wir bis Ende des Jahres die Beiträge, die im Zusammenhang mit dem Kongress entstanden sind, aufbereiten und zur Lektüre anbieten. Die Kongresswebsite www.netz-macht-kultur.de wird ebenfalls bis Ende des Jahres Informationen zum Thema liefern.

Norbert Sievers